

**Stadt Karlsruhe
- Ortsverwaltung Neureut -**

Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen des ORTSCHAFTSRATES

am **03. November 2020** (Beginn **19.00** Uhr; Ende **21.30** Uhr)

in **Badnerlandhalle Neureut, Rubensstr. 21**

Vorsitzender: **Ortsvorsteher Achim Weinbrecht**

Zahl der anwesenden Mitglieder: **20** (Normalzahl **20** Mitglieder)

Namen der **nicht anwesenden** Mitglieder:

Schriftführerin: **Annette Gerold**

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: **Hauptamtsleiter Thomas Jäger
Rechnungsamtsleiter Axel Grether
Bauamtsleiterin Patricia Lüking**

Zu TOP 4: **Pfarrer Pascal Würfel, Kirchengemeinde
Neureut Nord
sowie einige Mitglieder des
Kirchengemeinderates**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, dass
1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **23.10.2020** ordnungsgemäß eingeladen, und
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am **29.10.2020** ortsüblich
bekannt gemacht worden ist.

Hierauf wurde in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:
Die Beschlussfähigkeit des Gremiums wurde vor der Behandlung des jeweiligen
Tagesordnungspunktes festgestellt.

*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert
mit Entschuldigung, (U) = unentschuldigt ferngeblieben, angegeben.

Zu Punkt 1 der T.O.: Haushaltsreden des Neureuter Ortschaftsrates zum Haushaltsjahr 2021

Einleitend weist der Vorsitzende darauf hin, dass die Sitzung in Zeiten der Pandemie unter besonderen Vorzeichen stehe. Das bedeute konzentriertes Arbeiten und sich auch zeitlich an einen bestimmten Rahmen zu halten. Zudem gebe es während der Besprechung immer wieder kleine Pausen, in denen gelüftet werde.

Die Aufstellung des Haushaltes, betont er dann, sei das „Königsrecht“ eines Gemeinderates/Stadtrates und für den Teilbereich Neureut das des Ortschaftsrates! Und weiter führt er aus, dass die Haushaltsberatungen für 2021 von der aktuellen Corona Pandemie geprägt seien. Dies zeige sich zum einen daran, dass die zeitlichen Vorgaben zur Haushaltseinbringung aufgrund von immer wieder neuen Entwicklungen der Pandemie verschoben wurden und zum anderen, dass die Auswirkungen der Pandemie zu einer sehr stark angespannten Haushaltslage ab dem Haushaltsjahr 2021ff führen. Dies hatte zur Folge, dass im Vergleich zu vergangenen Haushaltsjahren nur ein Haushaltsentwurf für ein Jahr eingebracht wurde.

Die zuvor genannten Entwicklungen spielten auch bei den Beratungen des Ortsteilhaushaltsplans Neureut eine Rolle. Der Ortschaftsratsrat hatte in verschiedenen Ortschaftsratssitzungen seit Februar 2020 grundsätzliche Überlegungen für investive Maßnahmen in Neureut angestellt. Hierzu freut es mich sehr, dass trotz der schwierigen Haushaltslage wichtige Maßnahmen beschlossen wurden, *beispielhaft seien hier die Modernisierungsmaßnahmen an unserem Schulzentrum Neureut oder die Ausstattung und Gestaltung unserer Kinderspielplätze und Grünanlagen*, die einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung und Sicherung unserer Infrastruktur in Neureut darstellen. Zum Schluss darf ich noch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an der Erstellung des Teilhaushaltsplanes mitgewirkt haben einen großen Dank aussprechen“.

Danach erteilt der Vorsitzende den Sprechern der Fraktionen sowie den Einzelortschaftsräten in der festgelegten Reihenfolge das Wort.

Für die **CDU-Ortschaftsratsfraktion** führt deren **Vorsitzender Karsten Lamprecht** aus: „Seit März dieses Jahres beherrscht das Thema Corona leider unser tägliches Leben. Wir alle müssen mit den verschiedensten Einschränkungen leben. Ob das

der Lockdown zu Beginn des Jahres war oder ob es die neuen Regeln, die seit gestern gültig sind. Dies alles ist für jeden Einzelnen mit Auswirkungen auf alle Lebensbereiche, Belastungen und Verzicht für lieb Gewonnenes verbunden. Aber in der schwierigen Phase ist es wichtig, dass wir alle gemeinsam diese Krise bewältigen und vor allem gegenseitig Rücksicht nehmen.

Natürlich hat dies auch Auswirkungen auf den Haushaltplanentwurf, der heute zur Debatte steht. Wir beraten nicht wie sonst üblich einen Doppelhaushalt, sondern nur den Entwurf für 2021 und dieser sieht eine Unterdeckung von über 90 Mio. Euro, voraussichtlich sogar 110 Millionen vor. Diese Entwicklung ist nicht allein auf die Pandemie zurück zu führen, sondern auf eine strukturelle Schieflage im Ergebnishaushalt, auf die die CDU-Fraktion schon seit Jahren hinweist. Es handelt sich dabei um Einbußen bei den Erträgen von rund 48,8 Mio. Euro, und auf der Aufwandsseite sind zusätzlich die Beträge weit schneller gestiegen als noch in den Prognosen. Eine Analyse des Haushaltsentwurfes zeigt, dass die negative Entwicklung im Ergebnishaushalt, im Wesentlichen auf Ausgabenmehrung in vielen Bereichen beruht. Insbesondere sind dies eklatant steigende Personalkosten von immer neuen Aufgaben, die zusätzlich übernommen wurden sowie der steigende finanzielle Bedarf bei unseren Gesellschaften, die auch zum Großteil nicht Corona-bedingt sind. Extrem ist die Schieflage beim ÖPNV. Hier laufen die Kosten komplett aus dem Ruder. Über 70 Millionen Defizit jährlich stehen in der mittelfristigen Finanzplanung und in dieser Situation propagieren einige noch einen kostenlosen ÖPNV, der das Defizit noch weiter steigern würde. Auch beim städtischen Klinikum scheint man sich zu verkalkulieren. Statt wie erhofft, durch den Bau des Hauses M Kosten einzusparen, zeichnen sich beim Klinikum jährlich steigende Defizite in Millionenhöhe ab.

Die Stadt Karlsruhe hat vor, in dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf für 2021 265,5 Mio. Euro zu investieren. Um die Investitionsvorhaben stemmen zu können, stehen grundsätzlich finanzielle Mittel aus Vorjahren, Zuschüsse und Zuweisungen für die Investitionen zur Verfügung. Jedoch auch neue Kreditaufnahmen am Kapitalmarkt von rund 230 Mio. Euro. Dies ergibt Gesamtverbindlichkeiten in Höhe von 502,8 Mio. Euro oder, anders ausgedrückt, eine Pro-Kopf-Verschuldung von 1.606,50 € nur bei der Stadt Karlsruhe. Dies bedeutet auch, dass sich die Pro-Kopf-Verschuldung für Karlsruhe durch diesen Doppelhaushalt verdoppelt. Diese Investitionen stellen die Stadt in den nächsten Jahren vor eine Herkulesaufgabe. In dieser Situation muss man auch die Frage nach der Qualität und Sinnhaftigkeit der Baustandards stellen. In den letzten Jahren wurden dort „Gold Standards“ vom

Gemeinderat mehrheitlich beschlossen, allerdings muss man sich in dieser finanziellen Situation die Frage stellen, ob dies auch in Zukunft bei jedem Bauvorhaben zielführend ist. Gerade in der schwierigen Lage der Pandemie und den bereits angesprochenen Auswirkungen und den zu erwartenden Belastungen müssen sich der Oberbürgermeister und die Stadträte die Frage stellen, ob weitere Investitionen in diesem Umfang vertretbar sind. Wenn wir über den nächsten Haushalt beraten, müssen wir uns vor Augen führen, dass es sich bei den Einnahmen um Steuern von einzelnen Bürgern und Unternehmen unserer Stadt handelt. In diesen schwierigen Zeiten ist es umso wichtiger, dass jedem einzelnen Politiker klar ist, wie wichtig es ist, einen ausgeglichenen und generationengerechten Haushalt aufzustellen und nicht weitere Schulden aufzubauen. Die Politik steht nicht nur in der Verantwortung gegenüber den Bürgern bzw. Wählern, die momentan in Ihrem Wahlkreis leben, sondern vor allem auch gegenüber den zukünftigen Generationen.

Das Thema Haushaltsstabilisierung wird für den DHH 2022/2023 Mammutaufgabe, bei der es besonders auf Kontinuität, Standhaftigkeit und Überzeugungskraft ankommt.

Daher sind insbesondere der Oberbürgermeister zusammen mit dem Gemeinderat und der Verwaltung angehalten keine neuen Begehrlichkeiten zu wecken, sondern konstruktiv zu priorisieren, kanalisieren und kommunizieren, um die selbstgesteckten Ziele auch über den Haushalt 2021 hinaus zu erreichen. Aus diesem Grund ist es gerade auch für uns im Ortschaftsrat von Neureut wichtig, nicht nur Wünsche zu artikulieren, sondern diese gegenüber dem Bedarf und der Notwendigkeit abzuwägen, um nach genauer Beurteilung die wichtigsten Punkte in den Haushalt einzubringen. Dies haben wir auch für diesen Haushalt wieder in zahlreichen Gesprächen und Sitzungen getan. Natürlich verbinden sich viele Erwartungen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger mit persönlichen Lebensvorstellungen. Dazu zählen u. a. Arbeitsplätze, Infrastruktur, ÖPNV, Kultur und Sport, wie auch Schulen und Kindergärten. Gerade beim letzten Punkt haben wir in den letzten Jahren schon viel Geld investiert und werden es auch in den nächsten Jahren immer wieder tun.

Beim Blick zurück ist erfreulich, dass die TG Sporthalle fertig gestellt wurde, leider kann die Halle auf Grund der Pandemie-Auflagen noch nicht so richtig genutzt werden, wie wir uns das alle wünschen würden. Aber die zahlreichen Sportler der TG und die Kinder der Nordschule werden in Zukunft viele Freunde daran haben.

In unserem Teilhaushalt für Neureut ist die größte Investition der Umbau und die Modernisierung der naturwissenschaftlichen Räume und der Verwaltung im

Schulzentrum mit 5,23 Mio. Euro. Ebenso stehen weitere Maßnahmen zum Thema Brandschutz in Treppenhäusern mit einem Investitionsvolumen von 0,4 Mio. Euro im Haushaltsplan.

Der Lockdown hat uns allen gezeigt wie wichtig es ist, für digitale Unterrichtsformen gut aufgestellt zu sein. Wir hatten bereits in den letzten Jahren für den Ausbau des IT-Netzes, der Netzwerkkomponenten und die IT-Ausstattung, Mittel zu Verfügung gestellt. Dies erfolgt auch in diesem Jahr an allen Neureuter Schulen mit insgesamt über 100.000 €.

Die Mittel für die Bauunterhaltung der Schulen und Kindergärten, sowie der weiteren städtischen Gebäude in Neureut sind im Teilhaushalt von Hochbau und Gebäudewirtschaft erfasst.

Beim intensiveren Blick auf die Zahlen fallen immer wieder die Mittel für die Investitionspauschale auf. In allen Haushaltsberatungen, insbesondere heute, da einige Zuhörer von benachbarten Bürgervereinen anwesend sind, muss ich auch dieses Jahr wieder darauf aufmerksam machen, dass die 16 € pro Einwohner, die sich in diesem Haushalt auf 310.670 € belaufen, keine zusätzlichen Gelder, die dem Ortschaftsrat zur Verfügung gestellt werden, sind, sondern aus den Budgets der einzelnen Fachämter herausgebrochen werden. Die Besonderheit hierbei besteht darin, dass die Mittel nicht anonym aus einem städtischen Amt verwaltet werden, sondern gezielt vom Ortschaftsrat für unser Neureut eingesetzt werden können. Hier sehen wir als CDU-Fraktion Handlungsbedarf und würden einer Erhöhung der IP-Pauschale auf 20 € pro Einwohner, aufgrund der in vielen Bereichen gestiegen laufenden Kosten als gerechtfertigt ansehen. Vor allem auch aus dem Grund, dass diese Pauschale seit ihrer Einführung noch nie angepasst wurde. In diesem Zusammenhang sollte auch die Grenze von max. 40.000 € je Einzelmaßnahme entsprechend angepasst werden.

Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass es sich hierbei um keine Mehrbelastungen für den städtischen Haushalt handelt, sondern den Handlungsspielraum des Ortschaftsrates erhöht wird, und die Gelder gezielter für die Neureuter Bürgerinnen und Bürger eingesetzt werden können.

In diesem Haushalt werden die IP-Mittel für die Ersatzbeschaffung der Ortsverwaltung, wie z.B. EDV-Ausstattung oder technische Anlagen ausgegeben.

Besonders nachhaltig haben wir auch wieder Mittel für den Erwerb von Musikinstrumenten in der Jugendmusikschule eingestellt und auch für die Erneuerung und die Energieeinsparung im Bereich der Straßenbeleuchtung.

Besonders am Herzen liegt uns, wie schon oft, der Einsatz der IP-Mittel für die Sanierung von Kinderspielplätzen und die Ersatzbeschaffung von Spielgeräten.

Aber auch die Freiwillige Feuerwehr statten wir über die Investitionspauschale mit neuen Geräten und Technik aus.

Die Freiwillige Feuerwehr Neureut ist mit Abstand die größte Abteilung der Freiwilligen Feuerwehr in ganz Karlsruhe. Die Kameraden in Neureut sind 24 Stunden einsatzbereit und bringen immer in kürzester Zeit einen gesamten Zug zum Einsatz. Aber gerade auch die große Anzahl an Aktiven sowie die hervorragende Jugendarbeit bringen das vorhandene Feuerwehrhaus schon seit Jahren an die Kapazitätsgrenze bzw. darüber hinaus. Aus diesem Grund haben wir als CDU-Fraktion schon vor längerem den Antrag zur Errichtung eines Rettungszentrums im Gottesauer Feld gestellt. Leider verzögert sich der Aufstellungsbeschluss für das neue Gewerbegebiet noch, daher stockt auch die Planung. Dennoch werden wir weiterhin mit allen politischen Mitteln versuchen, dies in den nächsten Jahren voran zu treiben.

Sehr geehrte Damen und Herren, in diesem Jahr liegt uns ein Haushaltsplan-Entwurf für das Jahr 2021 zur Beratung und Beschlussfassung vor. Hierfür gilt unser besonderer Dank unserem Rechnungsamtsleiter Axel Grether und seinem Team. Die Einnahmen und Ausgaben sind detailliert aufgelistet und die Zahlen sind in gewohnter Weise vorbildlich aufbereitet und zur Verfügung gestellt.

Ein Dank möchte an dieser Stelle auch allen ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern sagen, die mit Ihrem Engagement viele städtische Aufgaben übernehmen und unterstützen. Sei es bei der freiwilligen Feuerwehr, im Sport, in der Kultur oder im Sozialbereich, dies verdient unsere Wertschätzung.

Nach diesen Zahlen und dem Dank möchte ich noch auf eines der wohl am längsten diskutierten Themen eingehen: unser Adolf-Ehrmann-Bad. Besonders erfreulich ist, dass es nach langer Zeit und vielen Beratungen sowie dem gemeinsamen Einsatz aller Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräten es gelungen ist, den Neubau eines attraktiven Familienbades, welches auch von unseren Schulen und Vereinen genutzt werden kann, in der Fortschreibung des Bäderkonzeptes zu verankern. Wir freuen uns besonders darüber, dass auch unser Vorschlag bei den meisten Kolleginnen und Kollegen oder auch Bürgermeister Lenz Anklang gefunden hat, eine Umsetzung des Badneubaus in Verknüpfung mit der Überbauung des Festplatzes, durch einen Projektentwickler wie z. B. der Volkswohnung zu realisieren, damit man nicht den langwierigen Weg über den städtischen Haushalt gehen muss.

Der Rahmenplan für das Zentrum III ist beschlossen und die Entwicklung des Gebiets geht in die nächste Phase, hierbei ist es besonders wichtig, dass wir als Ortschaftsrat die Entwicklung begleiten und darauf achten, dass gerade auch die benötigte Infrastruktur im Gebiet rechtzeitig zur Verfügung steht. So muss die Planung für Kindergärten, Schulen und auch Seniorenheime in diesem Gebiet frühzeitig auf den Weg gebracht werden.

Aber nicht nur aufgrund der Wohnbebauung wird Neureut in den nächsten Jahren deutlich wachsen. Auch im Bereich der Gewerbeflächen wird neuer, dringend benötigter Raum geschaffen. Hier sehen wir als wichtigste Aufgabe, mehr Fläche für Unternehmen bereitzustellen, die bei uns in Neureut neue Arbeitsplätze schaffen oder durch Erweiterungen ihre Betriebsstätten die Arbeitsplätze auch im Ort erhalten. In diesem Zusammenhang muss allen klar sein, dass eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes in dieser Krise ein absolut falsches Signal für unsere Wirtschaft wäre. Wir müssen die Unternehmen, die mit teils erheblichen Umsatzeinbußen zu kämpfen haben unterstützen und nicht noch stärker belasten.

Die anstehende Erweiterung von Flächen und der damit verbundene Bevölkerungszuwachs bringen sicher auch viele neue Herausforderungen mit sich, die sich in den nächsten Haushaltsberatungen sicher auch in Zahlen niederschlagen werden. Aber auch unsere Verwaltung in Neureut wird weitere Aufgaben und Arbeit hinzubekommen. Hierbei ist es uns wichtig, dass die hervorragende Arbeit unserer Verwaltung auch weiter so geleistet werden kann. Aus diesem Grund halten wir es für unerlässlich, dass vor allem freiwerdende Stellen auch schnellstmöglich wiederbesetzt werden und bei absehbarem Bedarf auch von Seiten der Stadt zeitnah gehandelt wird.

Der Klimaschutz ist eines der wichtigsten Themen für die Zukunft unseres Neureuts, deshalb begrüßen wir außerordentlich die in der letzten Sitzung beschlossene Ausweisung eines Landschaftsschutzgebietes zwischen der Badnerlandhalle und dem Heidensee. Wir wollen in Zukunft vor allem Maßnahmen fördern, die zielführend, realisierbar aber vor allem auch finanzierbar sind.

Da es in der Zwischenzeit Gewissheit darüber gibt, dass eine 2. Rheinbrücke kommen wird, ist es besonders wichtig, dass es gelingt, die Anbindung an die B36 nördlich der Welschneureuter Straße zu realisieren. Besonders freut es uns, dass heute auch Vertreter der umliegenden Bürgervereine anwesend sind und dem gemeinsamen Beschluss des Ortschaftsrates noch mehr Nachdruck zu verleihen.

Sehr geehrte Damen und Herren, zum Schluss möchte ich, nachdem ich Ihnen schon einiges über die anstehenden Entwicklungen in Neureut berichtet habe, auch noch auf die Zukunft der Ortsverwaltung und des Ortschaftsrates eingehen.

Wir sehen es als unabdingbar an, über die Fortschreibung des Eingemeindungsvertrages und der Ortschaftsverfassung zu beraten. Gerade aufgrund der heute aufgezeigten, anstehenden, großen Entwicklungen in Neureut, ist es wichtig, dass es auch in Zukunft eine leistungsfähige Verwaltung und einen starken Ortschaftsrat gibt, der sich für Belange und Interessen der Neureuter Bürgerinnen und Bürger einsetzt. Der Oberbürgermeister hat bereits zugesagt, dass hierzu zeitnah erste Gespräche geführt werden, die CDU-Fraktion freut sich auf die Gespräche und die damit verbundene weiterhin gute Zusammenarbeit mit der gesamten Verwaltung.

Die CDU-Fraktion stimmt dem vorliegenden Entwurf für den Ortsteilhaushalt Neureut zu. Die beiden Anträge zum Haushaltsplan-Entwurf werden wir wie bereits begründet ablehnen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit“.

Grünen-Fraktionsvorsitzender Hubert Kast meint in seiner Stellungnahme zum vorliegenden Haushaltsentwurf: „Die Fraktion „Bündnis 90 / die Grünen“ im Ortschaftsrat Neureut bedankt sich bei der Ortsverwaltung, insbesondere bei Ortskämmerer Axel Grether, für die Aufstellung des Haushaltsplans für 2021.

Die Aufstellung des Haushaltsplans war bestimmt nicht einfach, da wegen der COVID-19-Pandemie mit deutlichen Einnahmeausfällen seitens der Stadt Karlsruhe zu kalkulieren war und damit „sparen“ angesagt ist. Wir sind froh darüber, dass trotz der Sparzwänge in die Neureuter Schulen, für die Zukunft unserer Kinder, kräftig investiert wird. Die Pandemie hat gezeigt, wie wichtig eine gut funktionierende IT-Infrastruktur ist. Die Ausstattung der Neureuter Schulen mit gutem WLAN, mit Pcs/Tablets für die Lehrenden und Schüler*Innen und mit Lern-Software ist dringend notwendig, jeder an dieser Stelle gesparte Euro wäre falsch! Deshalb begrüßen wir die Bereitstellung von Sondermittel für die IT-Ausstattung an unseren Schulen. Notwendige Maßnahmen für Sanierung und Brandschutz werden wie geplant durchgeführt werden. Leider steht bei der Sanierung der Klimaschutz hintenan: es ist kein einziger Euro ausgewiesen, der für energetische Sanierung, PV auf den Dächern, Regenwassernutzung und ähnliches verwendet wird! Heutzutage, wo der Klimawandel schon überall sichtbar wird, ein sträfliches Versäumnis!

Es muss gespart werden, neues kann verschoben werden, bis wieder mehr Mittel zur Verfügung stehen. Umso wichtiger ist es, dass das schon bestehende gepflegt wird:

es werden Gelder für die Pflege und Sanierung von Kinderspielplätzen und Grünanlagen eingeplant, auch die Pflege der Friedhöfe kommt nicht zu kurz. An dieser Stelle möchte ich erwähnen, wie froh wir Neureuter Grünen darüber sind, dass am Grünen Weg die beiden FNDs „Sandfeld“ und „kleine Toskana“ ausgewiesen wurden und dass zum Jahreswechsel das LSG „Neureuter Feldflur“ eingerichtet wird. In Zeiten wie diesen, wo wegen der COVID-19-Pandemie viele In-Door-Aktivitäten nicht möglich sind, bieten große und weitläufige Grünareale in der näheren Umgebung uns und unseren Mitbürger*Innen vielfältige Möglichkeiten, um dort mit Abstand voneinander unseren Freizeitaktivitäten nachgehen zu können.

Auch die Neureuter Freiwillige Feuerwehr bekommt Mittel zugewiesen, damit ihre Einsatzbereitschaft erhalten bleibt: wir alle sind froh über eine gut funktionierende Feuerwehr und hoffen, dass wir sie nie benötigen werden!

Ein breites Angebot an Musik, Kunst, Sport ist wichtig, nicht nur für uns Erwachsene, sondern noch mehr für unsere Kinder!

Die Zuschüsse für die Neureuter Sportvereine werden nicht im Teilhaushalt von Neureut aufgelistet, da die Sportvereine über die Sportbünde bezuschusst werden. Hier stellt sich die Frage, ob diese Mittel ausreichend sind. Deshalb sind wir der Meinung, dass noch nicht verplante IP-Mittel genutzt werden sollten, um die Neureuter Sportvereine zu unterstützen, die unter der COVID-19-Pandemie sehr zu leiden haben. Der Haushaltsplan 2021 zeigt, dass der Musikschule IP-Mittel zugewiesen sind – ich hoffe, es sind genügend Mittel - um ihren Betrieb aufrechterhalten zu können. Wir finden dies richtig, da ein kulturelles Angebot und musikalische Ausbildung und Förderung für ein lebenswertes Neureut eminent wichtig sind.

„Sparen“ zieht sich wie ein roter Faden durch den Haushaltsplan. Klimaschutz liegt uns Grünen sehr am Herzen, deshalb sollten IP-Mittel bereitgestellt werden für mehr Klimaschutz, z.B. für die Pflanzung von klimaresistenten Bäumen in Neureuter Grünanlagen, denn unsere Kinder und Enkel sind dringend auf unsere Vorsorge angewiesen!

Zuletzt ... ein großer Teilhaushalt ist der „Tiefbau“, oder eher „Straßenbau“: wir Grünen schauen uns die Ausgaben für Straßenbau immer genau an und prüfen, ob auch genügend Mittel für den nicht-motorisierten Verkehr bereitgestellt werden. Auf Initiative von uns Grünen wurde im Ortschaftsrat ein interfraktioneller Antrag zur Verbesserung der Radwegesituation in und um Neureut herum eingebracht. Die städtischen Ämter sind nun aufgefordert zu prüfen, welche Maßnahmen wie umgesetzt werden können. Allen diesen Maßnahmen gemein ist, dass sie viel

weniger kosten, als für vergleichbare Maßnahmen für den KFZ-Verkehr aufgewendet werden müssen ... auch dieses Beispiel zeigt, wie durch Umdenken und durch Ändern des eigenen Verhaltens „öfters mal das Auto stehen lassen und das Fahrrad benutzen“ viel Geld eingespart werden kann! Es werden 30.000,-€ bereitgestellt für neue Straßenbeleuchtung und um bestehende Beleuchtung zu sanieren. Wie wir wissen, wird dabei auf energiesparende LED-Beleuchtung umgestellt, was wir im Sinne des Klimaschutzes und des Insektenschutzes sehr begrüßen. Die Aufwendungen für die Erstellung von neuem Grün im Straßenraum in Höhe von 10.000,-€ erscheinen wenig, aber auch eine einfache Blumenwiese sieht sehr schön aus und schafft Lebensraum für Bienen und Insekten. Am besten kann man dort sparen, wo das meiste Geld ausgegeben wird: es wäre zu überlegen, ob Straßensanierungen, im Neureuter Teilhaushalt sind hierfür 200.000,-€ ausgewiesen, nicht verschoben werden könnten. Damit der Straßenoberbau nicht in Gänze zerstört werden würde, was einen noch teureren Neuaufbau bedeuten würde, könnte man für diese Straßen solange ein Tempolimit einrichten. Bei anderen Verkehrsinfrastrukturen wird schon lange so vorgegangen!

Ein weiteres, großes Straßenbauprojekt, das das Leben in Neureut verändern wird, ist die zweite Rheinbrücke und die Querspange zur B36. Wir Grünen sind der Ansicht, dass diese total unnötigen Straßenbauprojekte in der heutigen Zeit ein völlig falsches Zeichen setzen: wir brauchen nicht noch mehr Straßen, die schützenswertes Gelände zerstören und die immer mehr KFZ-Verkehr generieren, mit den ganzen daraus resultierenden Schäden für das Klima. Für diese Straßenprojekte sind für Neureut und Karlsruhe noch, ich betone „noch“, keine Kosten entstanden. Aber wenn die Rheinbrücke und die Querspange doch gebaut werden sollte, dann wird der Verkehr um Neureut herum zunehmen und leider auch der Schleichverkehr durch Neureut hindurch. Um diesen Schleichverkehr zu verhindern, wird es bauliche Veränderungen geben müssen, die aber dann von uns Neureutern zu tragen sind! Wir haben dann nicht nur unten im Tiefgestade Straßen, die wir nicht wollen, wir werden auch noch eine Zunahme des Schleichverkehrs durch Neureut bekommen, von dem niemand begeistert sein wird, und zuletzt müssen für die Verkehrsverhinderung und Verkehrslenkung Mittel aufgebracht werden. Diese Mittel wären im ÖPNV deutlich besser eingesetzt!

Die Deutsche Erdwärme plant, auf Neureuter Gemarkung ein Geothermiekraftwerkes zu errichten. Wir Grüne begrüßen das sehr und hoffen, dass bald mit dem Bau begonnen werden kann. Dieses Geothermiekraftwerkes wird einen großen Beitrag zur Klimaneutralität von Neureut und Karlsruhe leisten. Der Strom, den dieses

Kraftwerk erzeugen wird, könnte ganz Neureut mit Strom versorgen, ohne dass auch nur ein Gramm CO₂ freigesetzt wird! In einer weiteren Ausbaustufe soll zudem Wärme in das Fernwärmenetz der Stadt Karlsruhe eingespeist werden, was weiter helfen würde, die Klimaziele der Stadt zu erreichen. Ein weiterer Pluspunkt dieses Kraftwerks ist, dass es unseren Haushalt nicht belasten wird: es sind keine oder kaum Aufwendungen nötig für umfangreiche Erschließungsmaßnahmen, an der vom Ortschaftsrat präferierten Stelle an der Labor-Service-Str. hinter dem Materiallager der Bundeswehr können schwere LKW leicht das Baugelände anfahren.

Wir finden, dass uns ein stimmiger Haushaltsplan 2021 präsentiert wurde, der in Anbetracht der schwierigen Zeiten mit Umsicht und Augenmaß erstellt wurde. Nochmals vielen Dank an unseren Ortskämmerer Axel Grether!“

Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber führt für die **SPD-Fraktion** aus: „Bei der Einbringung des diesmal nur einjährigen Karlsruher Haushaltes 2021 zwingt die Corona-Pandemie zu einer abwartenden vorsichtigen Ausgabenpolitik. In der kommenden Dekade erfordern steigende Kosten bei gleichzeitigem Rückgang der Einnahmen nach Aussage unseres Oberbürgermeisters Dr. Frank Mentrup Evaluierung, Konsolidierung und Priorisierung. Ausgenommen von den Sparmaßnahmen sind die Weiterentwicklung der Digitalisierung, 20 neue Stellen für Kitas sowie für die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes bis zu 10 weitere Verwaltungsstellen und Mittel in einer Größenordnung von 11 Millionen.

Möglicherweise wird aber die für Karlsruhe so wichtige Gewerbesteuer in 2020 nicht in dem Maße wegbrechen wie befürchtet. Einmal zählen die verschiedenen Corona – Zuschüsse von Bund und Land zu den steuerpflichtigen Betriebseinnahmen und gewinnmindernde Personalkosten werden durch das Kurzarbeitergeld erheblich reduziert. Außerdem will der Bund auf Gesetzesinitiative von Finanzminister Olaf Scholz (SPD) einmalig den Einnahmeausfall der Kommunen bei der Gewerbesteuer wegen Corona ausgleichen und außerdem künftig einen spürbar höheren Anteil an den Sozialleistungen nach dem SGB II übernehmen.

Karlsruhe hat in den vergangenen Jahren viel erreicht, die Kombilösung wird bis Ende nächsten Jahres fertiggestellt, das Dauerstreitthema Wildparkstadion ist befriedet, das Klinikum wird einen großartigen neuen Bau einweihen können und der Umbau des Staatstheaters steht bevor - um hier nur einige Beispiele zu nennen.

Auch in Neureut hat sich in jüngster Zeit vieles geklärt und wir blicken auf einige positive Entwicklungen:

Zunächst sind wir dankbar, dass Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup als Leiter der unteren Naturschutzbehörde die Ausweisung der Flächenhaften Naturdenkmale und zuletzt des großräumigen Landschaftsschutzgebietes Neureuter Feldflur realisiert hat bzw. realisieren wird. Dies erhält wertvolle Strukturen für den Artenschutz, sichert den Biotopverbund zum Alten Flugplatz, ist für den Klimaschutz in Karlsruhe als einer der wärmsten deutschen Städte sowie für die Naherholung der Bevölkerung unverzichtbar und wird die Nordtangente ab der B 36 Richtung Osten verhindern.

Die auch maßgeblich von der Stadt Karlsruhe finanzierte neue TG Turnhalle bereichert den zentralen Bereich von Neureut rund um das Rathaus um ein sehr gelungenes Gebäude. Weitere prägende Gebäude in diesem Bereich werden folgen wie wir der heutigen Tagesordnung entnehmen können. Auch die bereitgestellten Mittel für die Umgestaltung des Nordfriedhofes warten auf die möglichst klimafreundliche Umsetzung in 2021.

Die Bebauungsplanungen und Umlegungsverfahren für das Zentrum III befinden sich in den Startlöchern und werden uns in den nächsten Jahren fordern, um alle Potenziale an klima- und ressourcenschonenden, sozialen, bedarfsgerechten und intelligenten Lösungen auszuschöpfen.

Ein neues Bad wird auf dem Festplatz entstehen, mittelfristig ist anstelle des bisherigen Bades der Neubau einer Grundschule vorgesehen und auch für die Südschule gibt es weitreichende Pläne.

Für die Finanzierung des Badneubaus sieht das Bäderkonzept 2030 ausreichende Mittel vor. Eine schnellere Variante könnte die Querfinanzierung durch Vermarktung des Festplatzes darstellen in Zusammenarbeit mit einer Wohnbaugesellschaft wie der Volkswohnung - für ein Bad, das für Schul- und Vereinsschwimmen geeignet ist und als Familienbad möglichst ganzjährig vor allem den Bedürfnissen junger Familien gerecht wird. Hierauf werden wir im kommenden Jahr bereits bei der Auslobung des Architektenwettbewerbs für das neue Bad hinwirken.

Insgesamt bietet Neureut ein sehr attraktives Lebensumfeld dank seiner Nähe zur Natur, dank einer leistungsfähigen Ortsverwaltung, vorausschauend geleitet auch in schwierigen Zeiten von unserem engagierten Ortsvorsteher Achim Weinbrecht, dank unserer Kirchen, Kitas, Schulen und dank der zahlreichen Vereine. Bei allen bürgerschaftlich engagierten Mitbürgern möchten wir uns von Herzen bedanken. Sie machen Neureut zu dem, was es ist. Die Idee unseres Ortschaftsrates und ehemaligen Sozialdezernenten Harald Denecken, eine Verbrauchsstiftung für die neuen Wohnquartiere zu gründen, würde zu einer guten Vernetzung beitragen.

Nun noch einige Anmerkungen zum Neureuter Teilhaushaltsplan 2021: Hier gilt unser Dank Axel Grether, dem Leiter unseres Rechnungsamtes, der den Haushaltsentwurf zusammen mit seinen Mitarbeiter*innen entwickelt, mit den städtischen Ämtern abgestimmt, den Ortschaftsrat immer auf dem Laufenden gehalten und Anregungen aus dem Ortschaftsrat aufgenommen hat.

Der Teilhaushaltsplan für Neureut sieht im kommenden Jahr ein Investitionsvolumen von knapp 8 Millionen Euro vor. Davon umfassen die Brandschutzmaßnahmen und der Umbau von NWT - Räumen, Verwaltung und WC-Anlagen am Schulzentrum den Löwenanteil von 5,2 Millionen. Hiervon übernimmt das Land knapp 1 Million. Insgesamt sind für die Umbauarbeiten am Schulzentrum über mehrere Haushaltsjahre ca. 17 Millionen vorgesehen.

Wir freuen uns, dass die für den laufenden Doppelhaushalt von uns beantragte Beschallungstechnik für die Mensa nun doch noch zeitnah eingebaut werden kann dank noch vorhandener Mittel aus der Investitionspauschale 2019/2020. Noch nicht verplante IP – Mittel ermöglichen außerdem unvorhergesehene Ausgaben wie für die Bestuhlung im Milchhäusle oder für ein notwendiges neues Spielgerät auf dem Spielplatz am Gässle. IP-Mittel stehen mit € 16.-- pro Einwohner Neureuts jährlich zur Verfügung und ermöglichen dem Ortschaftsrat und der Ortsverwaltung wertvolle Entscheidungsfreiheit für Investitionen. Eine Erhöhung dieser Pauschale wäre wünschenswert, erscheint aber aktuell nicht realistisch.

Im Februar 2020 wurde das hochwertige und mit viel Sachkunde für die Neureuter Bedürfnisse entwickelte Drehleiterfahrzeug feierlich übergeben. Deshalb ist für die Freiwillige Feuerwehr Neureut diesmal nur ein überschaubarer Betrag eingeplant vor allem für eine Küche, die hoffentlich eines Tages in das neue Feuerwehrgerätehaus mitumziehen kann.

Befürwortet wird auch die kontinuierliche Erneuerung von Spielplätzen, da ein Aufenthalt an der frischen Luft in Coronazeiten von großer Bedeutung ist. In diesem Zusammenhang befürworten wir auch ausdrücklich die bereits beantragte Anlage eines Skaterparks. Außerdem hat die SPD-Fraktion eine Calisthenics – Anlage für Neureut beantragt. Diese kann von allen Generationen, für Individualsport und Sport in der Gruppe Outdoor genutzt werden. Hierfür wäre eine Finanzierung über verschiedene Etats und Töpfe zu überlegen. Auch für die Umsetzung des umfangreichen Radwegkonzepts werden möglicherweise IP – Mittel benötigt. Für unser Konzept könnte auch das Projekt „Cape Reviso“ hilfreich sein, an dem das KIT beteiligt ist und das vom Bund gefördert wird. Es entwickelt Gestaltungen für eine konfliktfreihere Infrastruktur an der Schnittstelle von Rad- und Fußverkehr.

Für 2021 werden erhebliche Mittel für die EDV – Ausstattung an den Neureuter Schulen eingesetzt, die von der Stadt auch mit Mitteln aus dem Digitalpakt des Bundes zur Verfügung gestellt werden. Wie essenziell eine gute digitale Ausstattung der Schulen und die Ausstattung von Lehrern und Schülern mit Endgeräten ist, hat der Lockdown überdeutlich gemacht und dies wird auch in den kommenden Monaten von großer Bedeutung bleiben. In der aktuellen Situation hat die Digitalisierung in vielen Bereichen Austausch ermöglicht und Entwicklungen etwa auch im Bereich der bürgernahen Verwaltung beschleunigt. Dankbar sind wir als Ortschaftsrat für die gute Ausstattung mit Tablets bereits im vergangenen Jahr. Dadurch konnten und können wir vor allem in Zeiten des Lockdowns, aber auch in Zukunft virtuell beraten zusätzlich zu den regulären Sitzungen. Außerdem werden so Berge von Papier und Kopierzeit eingespart.

Abschließend gebe ich den Wunsch von OB Dr. Frank Mentrup weiter, der bereits Anfang Januar diesen Jahres den Mitbürger*innen ausreichend „Resilienz“ empfahl. Dies ist die persönliche Widerstandsfähigkeit gegenüber Krisen. Bitte bleiben Sie gesund und achten Sie auf sich und Ihre Mitmenschen!

Die SPD-Fraktion stimmt dem Teilhaushaltsplan 2021 für Neureut zu.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit“.

Für die **FDP-Ortschaftsratsfraktion** erteilt deren Fraktionsvorsitzender **Ole Reher** ebenfalls seine Zustimmung und erläutert: „In diesem Jahr haben wir eine ganz besondere Situation zu meistern gehabt, die erst einmal nichts direkt mit dem Haushalt zu tun hatte, aber ich denke immer wieder indirekt darauf Einfluss nahm. Konkret meine ich die Pandemiezeit, die Corona-Zeit. Wie im beruflichen, familiären und natürlich im politischen Alltag haben wir hier große Einschränkungen erlebt und erleben sie noch. Schauen wir auf zahlreiche benachbarte Länder der EU und auch Übersee geht es uns dennoch den Umständen entsprechend gut. Einige Sitzungen wurden über Video abgehalten und auch das Telefon kam deutlich mehr zum Einsatz, da man Abstand und -Versammlungsregeln einzuhalten hatte. Warum erzähle ich das in der Haushaltsrede? Ganz viele Maßnahmen blieben natürlich auf der Strecke und das gesamtstädtisch gesehen und nicht nur in Neureut. Die Ortsverwaltung selbst musste mit diesem Virus auch ganz neue Wege gehen und Abläufe im Rathaus wurden verändert und neu strukturiert.

Wir alle wissen wie schwierig es ist unser eigenes Leben dieser besonderen Zeit anzupassen und deshalb bedanke ich mich an dieser Stelle stellvertretend für alle

Rathaus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, bei Achim Weinbrecht, der unser Rathaus für alle Bürger mit ihren vielfältigen Anliegen in dieser schweren Zeit auf Kurs hält.

Zurück zum Haushalt. Mit 6.7 Millionen ist der Haushalt zwar höher als zuletzt, aber da wir alleine über 4.6 Millionen in die Sanierung vom Schulzentrum stecken, relativiert sich das Ganze auch wieder sehr schnell.

Ein ganz großer Wunsch von der FDP Neureut ist mit Sicherheit die Generalsanierung des Hauptfriedhofes. Auch wenn wir sehr eindrucksvoll und detailliert vor Augen geführt bekommen haben, dass dies keine schnelle Maßnahme werden kann, so hoffen wir doch sehr, dass im Doppelhaushalt 22/23 hierfür Gelder eingestellt werden können. In diesem Zusammenhang bedanken wir uns aber für die Interimslösung, was die Ausbesserung der Wege betrifft und bedanken uns hier bei Klaus Gladhorn und seinem Team vom Gartenbauamt Neureut.

Im Zusammenhang mit unserem Gartenbauamt und hier im speziellen zu den Neureuter Spielplätzen freuen wir uns sehr, dass wir hier einen Mitarbeiter bekommen haben, der die Überwachung der Plätze und allem was dazu gehört im Blick hat. So sind wir sicher, dass er unserem langgehegten Wunsch nach ausreichender Beschattung, wo es von Nöten ist, nachkommen wird und an den erforderlichen Stellen mit Sonnensegeln oder dem Nachpflanzen von Bäumen dies gewährleistet.

Unserem Tiefbauamt möchte ich auch ein Dankeschön aussprechen und hier natürlich stellvertretend Herrn Satalino. Ob lange geplante Dinge oder auch der schnelle spontane Eingriff, sofern es machbar ist, wird es auch erledigt. Wir möchten nur noch einmal darauf hinweisen, dass uns das Wegenetz in Neureut sehr am Herzen liegt und wir uns deshalb auch gut vorstellen könnten, die Alte Friedrichstraße und zwar zwischen Mitteltorstraße und Vogtstraße sowie die Kirchfeldstraße und hier geht es um den Abschnitt Mitteltorstraße und Bärenweg einer erneuten Begutachtung unterziehen zu lassen. Wir sehen diese Straßen als durchaus sanierungsbedürftig an.

Immer noch - und das habe ich beim letzten Mal schon erwähnt, wäre der FDP eine Anpassung der IP-Mittelpauschale wichtig - auf eventuell 20 Euro je Einwohner. Mindestens genauso wichtig ist uns aber auch der vernünftige Einsatz dieser Mittel, wobei ich hier alle Fraktionen einmal loben möchte, weil wir hier wirklich oft zu gemeinsamen Beschlüssen kommen.

Auch Herrn Axel Grether möchte ich unseren Dank aussprechen, bereitet er uns doch alle Dinge um Finanzen und Personal sehr sachlich und dennoch verständlich auf und das ist für nicht Verwaltungsmenschen nicht nur eine feine Sache, sondern

ermöglicht uns oftmals überhaupt eine dementsprechende Entscheidung treffen zu können.

Damit ich aber niemanden vergesse, möchte ich mich bei unserem Ortsvorsteher Achim Weinbrecht bedanken und bitte ihn, diesen Dank seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der gesamten Ortsverwaltung Neureut auszurichten.

Die FDP stimmt dieser Haushaltsplanung zu, hofft, dass wir im kommenden Jahr wieder einen normalen Doppelhaushalt aufstellen können“.

AfD-Ortschaftsrat Rouven Stolz betont: „Wer hätte gedacht, dass ein Virus uns zwingt alte, festgetrampelte Wege zu verlassen, neue Ideen zu entwickeln und vielleicht schon längst überfällige neue Wege zu gehen? Wer hätte Anfang des Jahres gedacht, dass Ortschaftsratssitzungen bei uns zu Hause im Wohnzimmer stattfinden oder wer hätte gedacht, dass wir sogar hier in der Badnerlandhalle tagen? Aber wenn uns „Corona“ eines gezeigt hat, dann ist es doch mit entsprechendem Willen und gemeinsamen Engagement auch schwierige Probleme zu lösen.

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Beteiligten bedanken, die dafür Sorge getragen haben und auch noch heute Sorge tragen, dass eben der Betrieb und die Handlungsfähigkeit des Ortschaftsrats jederzeit gewährleistet waren. Ich kann mir vorstellen, dass nicht immer alle Lösungen schnell und einfach umzusetzen waren.

Auch möchte ich mich bei allen Neureuter Bürgern bedanken, die trotz aller berechtigter Kritik und Unverständnis an den Maßnahmen und trotz eigener Einschränkungen zusammengestanden sind und mit angepackt haben. Gerade mit dem aktuellen Hintergrund des „zweiten Lockdowns“ oder besser „Lockdown light“, sind solche Menschen für eine funktionierende Gemeinschaft unersetzlich.

Und von dieser Anpack-Mentalität können wir sicher alle noch etwas Lernen. Gerade in einer Zeit, wo es relativ ungewiss ist, wohin uns der haushaltspolitische Weg in den nächsten Jahren führt. Wie können wir also für unser Neureut eine sinnvolle, nachhaltige Politik gestalten und dabei die kommenden ungewissen Zeiten für Wirtschaft und Gesellschaft berücksichtigen? Ein Blick in den vorliegenden Teilhaushalt zeigt den richtigen Weg: Nichts ist nachhaltiger und wichtiger als Investitionen in Bildung und Infrastruktur! Und gerade die letzten Monate haben gezeigt, wie stiefmütterlich das Thema „Digitalisierung der Schulen“ in den letzten Jahren behandelt wurde. Hier gilt es jetzt, die Defizite endlich anzugehen und abzubauen. Auch zeigen die nicht voll ausgeschöpften Mittel der Investitionspauschale, dass heute ein überlegter und sinnhafter Haushalt vorliegt, der

noch Luft nach oben hat, um auf zukünftige unvorhersehbaren Ausgaben reagieren zu können.

In den kommenden Jahren stehen in Neureut viele neue, zukunftsweisende Projekte an. Um die nur die Größten zu nennen: Sei es das Neubaugebiet Zentrum 3 mit Schulneubau, Hallenbad oder Verlängerung der S-Bahn Linie 3, die Verlängerung der S-Bahn Linie nach Kirchfeld-Nord, weitere Schulsanierungen, die 2. Rheinbrücke und dabei vor allem die Ortsumfahrung Knielingen sowie der seit Jahren überfällige Neubau eines Feuerwehrgerätehauses.

Berücksichtigt man dazu nun noch die bekannten Planungszeiten, dann müssen die Projekte besser heute als morgen angepackt werden!

Auch ist die Verlängerung oder Neugestaltung des Eingemeindungsvertrags eines der wichtigsten Themen in den kommenden Jahren. Hier müssen wir gemeinsam das bestmögliche für unser Neureut herausholen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Ortschaftsrats und der Ortsverwaltung, ich möchte mich zum Abschluss bei euch/bei Ihnen für die gute Zusammenarbeit in den letzten 1,5 Jahren bedanken. Auch wenn unsere Parteiprogramme unterschiedlich sind, so haben wir doch eines gemeinsam: Alle Entscheidungen, die wir treffen; alle Ideen, die wir einbringen, die Ergebnisse unserer gemeinsamen Arbeit sehen wir direkt vor unserer Haustür. Vielen Dank!“

Es kommt einstimmig zum

Beschluss:

Der Ortschaftsrat stimmt dem vorgestellten Haushaltsplan-Entwurf 2021 für den Bereich der Ortsverwaltung Neureut zu.

Zu Punkt 2 der T.O.: Gemeinsame Erklärung der Bürgervereine mit dem Ortschaftsrat Neureut zum B-36-Anschluss im Zusammenhang mit der Verwirklichung der zweiten Rheinbrücke, Umsetzung der Nordvariante, Forderung eines überregionalen Verkehrskonzeptes

Der Vorsitzende blickt eingangs auf die bisherige Entwicklung zurück und unterstrich, es sei ein Novum in der Geschichte Neureuts, dass Bürgervereine und Ortschaftsrat zusammenkommen und eine gemeinsame Erklärung abgeben wollen.

Dazu begrüßt er Herrn Dr. Rempp, 1. Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine e.V. (AKB), Frau Gefäller-Neumann, Bürgerverein Neureut

Heide, Frau Dümmel, Bürgerverein Siedlergemeinschaften Neureut Kirchfeld, Frau Hellmann, Bürgerverein Knielingen, Herrn Dischinger, Bürgerverein Nordstadt, Herrn Betz, Bürgerverein Nordweststadt.

In Zeiten der Pandemie sei der ursprünglich angedachte rege Austausch mit den Bürgervereinen zum Thema nur eingeschränkt möglich, bedauert der Vorsitzende. So können nur Statements stattfinden, die in eine möglichst einstimmige Erklärung münden sollen, gibt er vor.

In seiner kurzen Einleitung stellt er dar, was der Neureuter Ortschaftsrat in den vergangenen Jahren in die Wege geleitet hatte. Bereits 2018 habe sich der Ortschaftsrat intensiv mit der Thematik im Zusammenhang mit der Verwirklichung der zweiten Rheinbrücke befasst. Denn bekanntlich soll die B 36 mit einer neuen Straße im Bereich südlich der MiRO (Mineralölraffinerie Oberrhein) an die neue Rheinbrücke angebunden werden. Der Ortschaftsrat habe einen Arbeitskreis gegründet, der sich damit befasste, wie ein eventueller Anschluss für Neureut aussehen und welche Bedingungen er erfüllen müsste. Dazu präsentiert er eine entsprechende Zeichnung des Ortschaftsrates mit dem Ziel, dass keine Ausfahrt vom jetzigen Südzubringer möglich ist.

Eine Ausfahrt in Richtung Mühlburg/Nordweststadt/Rheinhafen solle möglich sein und von Norden kommend eine direkte Abfahrt zur zweiten Brücke. Daraufhin habe der Neureuter Ortschaftsrat in seiner Sitzung im April 2018 über einen möglichen Anschluss an die B 36 bei Neureut, beim Bau einer eventuellen zweiten Rheinbrücke beraten und einen Antrag beschlossen.

Dabei wurde die Ortsverwaltung beauftragt, beim Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe zu beantragen, diesen Planungsentwurf fachlich durch das Stadtplanungsamt der Stadt Karlsruhe ausarbeiten zu lassen und diesen hiernach in die entsprechenden Gremien zu transportieren. Diesem Wunsch hat der Oberbürgermeister entsprochen. Der damalige Baubürgermeister Obert habe diesen Antrag des Neureuter Ortschaftsrates an das Regierungspräsidium weitergeleitet. Am 5. Juni habe ein „Scoping-Termin“ im Regierungspräsidium stattgefunden. Am 7. November 2019 ist der erste Termin des Projektbegleitkreises gewesen, zu dem das Regierungspräsidium Träger öffentlicher Belange, darunter auch die Bürgervereine, Netzbetreiber und auch die Ortsverwaltung Neureut eingeladen hatte. Dabei hat man erfahren, dass das Regierungspräsidium diese laienhafte zeichnerische Darstellung an eine Fachfirma zur Bearbeitung weitergeleitet habe. Jedoch habe die für 2020 vorgesehene Sitzung des Projektbegleitkreises bis jetzt nicht stattgefunden. Denn es laufen immer noch die entsprechenden Untersuchungen. Dazu erläutert der

Vorsitzende die Untersuchungen, darunter Biotopkartenkartierung, Faunauntersuchungen, Luftschadstoffuntersuchungen, Schall- und geotechnische Gutachten, Verkehrsgutachten etc. Dies sei alles noch in Arbeit – erst nach Abschluss könne eine Trassenführung vom Regierungspräsidium vorgeschlagen werden.

Zudem präsentiert er eine Graphik des untersuchten Trassenkorridors mit entsprechenden Anschlussmöglichkeiten an die B 36. Diese Unterlagen können auf der Internetseite des Regierungspräsidiums Referat 44 eingesehen werden. Die Neureuter haben sich für Variante 2 ausgesprochen, erklärte der Ortsvorsteher. Dabei ging er auf deren Verlauf etwas näher. Sie werde weiter geprüft und Oberbürgermeister Dr. Mentrup habe sich bereits sehr intensiv für diese Trassenvariante eingesetzt und entsprechende Sondierungsgespräche geführt. Detailliert erklärt der Vorsitzende dann noch die sogenannte „Störfalllinie“ für MiRO. Diese gelte es zu beseitigen, dazu seien bereits Gespräche geführt worden, so Weinbrecht.

Anschließend zeigt er die Skizze eines technisch machbaren Knotens auf, wie ein Anschluss an die B 36 erfolgen könne, der die Voraussetzungen des Ortschaftsrates erfüllen könnte – wobei das Hauptziel sei, keine Durchfahrt durch die Welschneureuter Straße. Dabei betont er auch, die Skizze sei nicht standortbestimmt – denn bei einer Infoveranstaltung ist es hier zu Irritationen gekommen.

Dr. Helmut Rempp (AKB-Vorsitzender) sagt in seiner anschließenden Stellungnahme, er beginne mit dem Dank im Namen der fünf Bürgervereine der Stadtteile des Nordwesten, Knielingen, Nordweststadt, Nordstadt, Neureut-Heide, Neureut-Kirchfeld. Dass sie heute zur Sitzung des Ortschaftsrates eingeladen wurden, um wegen der Querspange Ortschaftsrat und Ortsverwaltung an einem Strang zu ziehen. Das dürfte den gemeinsamen Forderungen hinsichtlich der Lage und Ausgestaltung der Querspange noch größeres Gewicht verleihen. Präzisierend möchte er darauf hinweisen, dass er als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine (AKB) hier die Position der fünf betroffenen Bürgervereine vertrete und natürlich nicht die Gesamtsicht aller 25 Bürgervereine in Karlsruhe.

Im Folgenden gehe er auf die drei wesentlichsten Forderungen ein.

1) Bei der Variantenauswahl für die Querspange soll zum Vorteil aller betroffenen Stadtteile die Variante 2, die Nordvariante (am nächsten zur MIRO liegend) zum Tragen kommen. Das würde bedeuten, dass der Anschluss an die B36 nicht über den Knoten Neureut-Süd erfolgen würde, sondern nördlich davon. Das bisher

dagegen sprechende Störfallgutachten muss zusammen mit der MIRO modifiziert werden, um diese Nordvariante nicht kategorisch auszuschließen.

Dem Regierungspräsidium wurde seitens MIRO mitgeteilt, dass sie keine Probleme mit Variante 2 (nahe an MIRO) habe. Es ist daher nicht nachvollziehbar, warum eine nur in wenigen Abschnitten auftretende Überschneidung von Variante 2 mit der „roten Linie“ ein Ausscheidungskriterium sein soll.

2) Neben dem Trassenverlauf ist die Ausbaugrößenordnung ein Thema: 2- oder 4-Streifigkeit. Die prognostizierte Verkehrszunahme bis 2035 wird angezweifelt und sollte unter zukunftsorientierten Aspekten, u.a. Klimaschutz, fortgeschrieben werden. Daraus würde sich sicher ergeben, dass eine Zwei-Streifigkeit für bis zu 23.000 PKW/24h ausreichen würde. Und das ist auch die Forderung der fünf Bürgervereine.

3) Dieses Verkehrsprojekt sollte aber nicht nur isoliert betrachtet und geplant werden, sondern mit einer umfassenden Verkehrsanalyse in ein überregionales Verkehrskonzept eingebettet werden.

Mit diesen Forderungen dürfte der gemeinsame Strang von Ortschaftsrat und Bürgervereine offensichtlich sein und einer gemeinsamen Erklärung nichts im Wege stehen“.

Zudem hat der Vorsitzende der AKB auch die Stellungnahme vom verhinderten Vorsitzenden des Bürgervereins Nordstadt, **Marcus Dischinger**, verkündet, der unter anderem aus Klimaschutzgründen eine Verkehrswende mit weniger Autos anfordert. Durch einen möglichen Bau der Zweiten Rheinbrücke und einem vorgesehenen Anschluss an die Bundesstraße 36 sieht er eine mögliche zusätzliche Verkehrsbelastung in den nordwestlichen Stadtteilen entstehen. Die Kernforderung ist, dass eine Anbindung an die B 36 in der kleinstmöglichen Ausführung umgesetzt und nicht über den Knoten Neureut-Süd angebunden wird. Wir setzen stattdessen auf eine Anbindung nördlich des angesprochenen Knotens. Gleichzeitig halten wir die Zweite Rheinbrücke immer noch für den komplett falschen Weg.

Den Ausführungen ihres Vorredners schließt sich auch **Ursula Hellmann, Vorsitzende des Bürgervereins Knielingen** vollumfänglich an.

Patrick Betz weist für die Nordweststadt drauf hin, dass die Emissionsbelastungen für die nordwestlichen Stadtteile bereits jetzt an der Obergrenze seien. Man sei deshalb auch gegen den Bau einer zweiten Rheinbrücke und halte den geplanten Standort für falsch.

Simone Gefäller-Neumann vom **Bürgerverein Neureut – Heide** unterstreicht unter anderem, es seien alle Maßnahmen wichtig, um eine Anbindung möglichst weit nördlich zu bekommen. Zudem sollte die jetzige Kreisstraße in eine Gemeindestraße zurückgestuft werden, um dann mehr Handlungsspielräume zu haben. Auch sie spricht den Schleichverkehr an.

Katharina Dümmel **Vorsitzende der Siedlergemeinschaften Neureut-Kirchfeld** zeigt sich solidarisch mit den Beteiligten, wenn gleich Kirchfeld nicht so stark vom zusätzlichen Verkehrsaufkommen betroffen sei.

Ortschaftsrat Detlef Hofmann erinnert daran, dass die CDU-Fraktion mit dem ehemaligen Ortschaftsrat Herbert Böllinger, der stark den Arbeitskreis initiiert hatte, von Anfang an mit dabei gewesen sei. Das extreme Ziel sei gewesen zu verhindern, dass der Anschluss der Querspange in Neureut Süd erfolgen solle. Denn dies würde verkehrlich sehr große Folgen für Neureut haben und Schleichverkehr nach sich ziehen. Es seien sehr gute Lösungen zustande gekommen, betont er im Hinblick auf die bisher geleistete Arbeit. Dennoch müsse es primäres Ziel sein, den immer noch gewollten Anschluss in Neureut Süd zu verhindern. Denn die Problematik mit der Störfaktorlinie sei noch vorhanden, unterstreicht er.

Erste Priorität müsse sein, eine Anschlussstelle so nördlich wie möglich zu bekommen, damit keine Auffahrtmöglichkeit aus Süd gewährleistet sei, untermauert Hofmann.

Fraktionsvorsitzender Hubert Kast betont dagegen, es sei für die Grünen ein völlig falsches Zeichen, die 2. Rheinbrücke zu bauen und die Querspange zu planen. Trotzdem sei es klar wenn sie gebaut werden sollte - müsse sie so verträglich wie möglich für die Bürger gebaut werden und das könne nur eine zweispurige Straße sein. Man wolle nicht mit einer Autobahn im Tiefgestade leben. Der Anschluss müsse so weit nördlich liegen, dass man nicht in die Welschneureuter Straße hineinfahren könne. Man unterstütze die Erklärung, dass der Knoten so ausgestaltet werde, dass möglichst kein Verkehr nach Neureut hineinfahren könne.

Die **Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber** schickt voraus, dass ihre Fraktion auch den Anschluss so nördlich wie möglich und diesen wie in der ursprünglichen Zeichnung aus dem Arbeitskreis wolle. Sie spricht sich ebenfalls gegen eine vierspurige Straße aus. Auch erinnert sie, dass ihre Fraktion intensiv gegen eine

zweite Rheinbrücke gekämpft habe! Sie spricht in diesem Zusammenhang einen Dank an den ehemaligen Ortschaftsrat Klaus Bluck aus, der mitgeholfen habe, die Nordtangente Ost zu verhindern und zumindest durch die Landschaftsschutzgebietsausweisungen einen Teilerfolg erzielt zu haben. Vielleicht könne man durch ein niedrigeres Tempo die Straße als Schleichweg unattraktiver machen, hofft sie und verweist auf einen entsprechenden Antrag ihrer Fraktion.

Im Hinblick auf die Diskussion und die Thematik, meint **Fraktionsvorsitzender Ole Reher**, man brauche hier die „eierlegende Wollmilchsau“ – im Hinblick auf Verkehr, Transportwege und Waren – und dies alles am „besten auf einem Feldweg“. Auch FDP-Ortschaftsrat Dieter König sei im Arbeitskreis mit dabei gewesen und man sei sich einig, den Anschluss so weit nördlich wie möglich haben zu wollen. Nun sei es die größte Pflicht der Ortschaftsräte gegenüber den Bürgern „die beste Lösung zu ermöglichen“.

Man müsse gemeinsam, wie beim interfraktionellen Antrag zum Radwegenetz, dafür kämpfen, den Anschluss so nördlich wie möglich zu bekommen – man werde wieder kompromissbereit sein, denn die eierlegende Wollmilchsau gebe es nicht!. Er hoffe und wünsche für die Neureuter das Allerbeste, sagt er abschließend.

Der Vorsitzende resümiert, nachdem die beteiligten Bürgervereine sowie der Ortschaftsrat Stellungnahmen abgegeben hatten, dass alle in die gleiche Richtung gehen.

Ziel sei, dass die Trasse so weit nördlich Richtung Raffinerie verlaufe, damit Knielingen entlastet werde. Auf keinen Fall möchte man einen Knotenpunkt, der „südlich des jetzigen Neureuter B 36 Anschlusses liege, sagt er.

Daher wolle man gemeinsam eine pauschal gehaltene Erklärung an den Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe sowie den städtischen Gemeinderat zur Weiterleitung an das Regierungspräsidium Karlsruhe richten.

Diese Erklärung könne eine Demonstration der Stärke und des Zusammenhaltens aller beteiligten Bürgervereine und des Neureuter Ortschaftsrates für alle betroffenen Bürger und Bürgerinnen im gesamten Einzugsbereich darstellen.

Eine finale Feinabstimmung mit dem ersten Vorsitzenden AKB (Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine), Dr. Rempp sowie mit dem Ortschaftsrat stellte er noch in Aussicht.

Ortschaftsrätin Barbara Rohrhuber möchte noch eine überregionale Verkehrsanalyse in die Erklärung aufgenommen wissen.

In Zusammenfassung der Aussprache kommt es einstimmig zum

Ergebnis der **gemeinsamen Erklärung**, der alle beteiligten Bürgervereine sowie der Neureuter Ortschaftsrat zustimmen:

„Die Bürgervereine Knielingen, Nordweststadt, Nordstadt, Neureut-Heide, Neureut-Kirchfeld, die Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine sowie der Ortschaftsrat Neureut sprechen sich übereinstimmend für die Querspangenvariante 2, die am nördlichsten gelegene mögliche Straßenführung, mit einem Anschlussknoten nördlich der heutigen B 36 Ausfahrt Neureut-Süd aus.

Des Weiteren wird die Erarbeitung einer überregionalen Verkehrsanalyse sowie eine Verkehrskonzeptes durch das Regierungspräsidium Karlsruhe gefordert“.

Zu Punkt 3 der T.O.: **Vorstellung von Herrn Pfarrer Albert Striet, katholische Kirchengemeinde Karlsruhe-Hardt in Neureut**

TOP 3 entfällt wegen eines Auswärtstermins von Pfarrer Striet.

Die Vorstellung soll in der Dezember-Sitzung des Ortschaftsrates nachgeholt werden!

Zu Punkt 4 der T.O.: **Raum schaffen“ - Vorstellung der Neu- und Umbaupläne der evangelische Kirchengemeinde Neureut-Nord durch Herrn Pfarrer Pascal Würfel und Mitgliedern des Kirchengemeinderates**

Zu diesem TOP heißt der Vorsitzende Herrn Pfarrer Pascal Würfel sowie einige Mitglieder des Pfarrgemeinderates recht herzlich willkommen.

Pfarrer Pascal Würfel legt die Pläne und Überlegungen zu einem großen Bauprojekt der Kirchengemeinde Neureut Nord dar. Er stellt es unter dem Motto eines leicht abgewandelten Satzes des Propheten Jeremia „Suchet des Dorfes Bestes“ vor.

Man müsse bauen, betont er. Denn die äußeren Bedingungen brächten die Kirchengemeinde Nord dazu. Es herrsche eine hohe Nachfrage von Kindergartenplätzen, die künftig erwarteten eigenen Einnahmen sowie die

landeskirchlichen Zuschüsse seien rückläufig. Zudem gebe es aktuell laufend hohe Reparaturkosten in den Einrichtungen. Der erwartete Instandhaltungsaufwand für Kindergärten, Gemeindehaus und Wohnungen betrage 5,2 Mio € in den nächsten 20 Jahren (Eigenanteil). Eine Machbarkeitsstudie von prokiba brachte dazu Gewissheit, führt Würfel an.

Als Kirchengemeinde habe man die Idee und den Wunsch, Neues zu schaffen.

Das Projekt umfasst folgende Maßnahmen:

- Renovierung des Hauptgebäudes (denkmalgeschützt) des jetzigen Gemeindehauses mit neuem Anbau und Gestaltung eines Kindergartens
- Ein neues Gemeindehaus soll auf dem Grundstück des Nordstern-Kindergartens entstehen mit allgemein zugänglichem Gemeindecafé (o.ä.) im Erdgeschoss und Gemeindegarten
- Der Verkauf des Grundstücks Paul Gerhardt (Kindergarten und Wohnungen

Man wolle, so der Pfarrer, die beiden bisherigen Kindergärten zu einem fünfgruppigen Kindergarten mit Krippe und Ganztagesangebot im derzeitigen denkmalgeschützten Gemeindehaus zusammenführen.

Vor habe man:

- Der Betreuung von Kindern Raum schaffen:
Neuer fünfgruppiger Kindergarten mit bedürfnisorientierter Angebotsform im Gemeindehaus
- Dem künftigen Gemeindeleben Raum schaffen:
Neues Gemeindehaus mit Treffpunkt für Gemeindeglieder und alle anderen
- Raum schaffen – mitten in Neureut
ein Ortsmittelpunkt im Einklang mit Rathaus, TG- Turnhalle, Schule und Kirche mitten in Neureut

Der zentrale Standort des Gemeindehauses sei in der Nähe der Schule, der Turnhalle und des Rathaus mit Gemeindecafé und Gemeindegarten sowie als Begegnungsort anderer Neureuter Vereine und Einrichtungen vorzustellen.

Für den ambitionierten Zeitplan führt Pfarrer Würfel an, dass bis Dezember 2020 die Abstimmung mit Gemeinde, Landeskirche, Ortsverwaltung, Stadt .bis zur Beschlussfassung erfolgt sein solle. Bis Juni 2021 sei ein Architektenwettbewerb, die Abstimmung mit Gemeinde u.a. sowie Beschlussfassung vorgesehen. Bis März 2022 soll die Planung stehen, im März 2023 der Bau des Kindergartens vollendet sein und bis März 2024 der Bau des Gemeindehaus.

Die Finanzierung der Gesamtkosten in Höhe von ca. 3,5 Mio € soll teilweise durch den Verkaufserlös der Paul-Gerhardt-Fläche (ca. 2.0 Mio €) ermöglicht werden. Der Rest ist über Rücklagen der Gemeinde sowie Zuschüssen der Stadt, Landeskirche und des Landes aufzubringen.

Ziel sei, so Pfarrer Würfel, das Bauen ohne Kredite!

Fraktionsvorsitzender Karsten Lamprecht freut sich nicht nur als Fraktionsvorsitzender einer christlichen Partei sondern auch als aktiver Christ in der Kirchengemeinde darüber, was Pfarrer und die Kirchengemeinde vorhaben und wie sich so die Kirchengemeinde entwickeln könne. Vor allem sei toll, dass für Kinder neue Gruppen und Angebote geschaffen werden und christliche Kindergärten in Neureut erhalten bleiben. Deshalb sei man natürlich froh über ein solches Projekt. Er sicherte alle Unterstützung bei der Verwirklichung des Projektes zu!

Als Sozialdemokratin sei ihr die Schaffung von Kita-Plätzen sehr, sehr wichtig, unterstreicht **Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber**. Als engagierte Christin in Kirchfeld, führt sie das „Haus der Reformation“ als Gemeindezentrum an, das sich sehr bewähre und auch vielen anderen Vereinen und Grupperungen zur Verfügung gestellt werde.

Auch das nicht renovierte Eckgrundstück als Alternative sei durchaus noch in der Planung mit dabei, erfährt sie von Pfarrer Würfel auf ihre Nachfrage.

Vom **Fraktionsvorsitzender Ole Reher** wird diese Alternative ebenfalls angesprochen, gerade weil es sich seiner Meinung nach ideal auf der Flucht von Kirche, TG-Halle und späterem Hermann-Meinzer-Park und Neues Zentrum III befinde und dies eine tolle Ergänzung sein könnte mit einem ordentlich aussehenden Gebäude, wirbt er.

Ortschaftsrätin Siglinde Andor sagt auch die Unterstützung der **Grünen** für dieses Projekt zu. Ihre Frage, ob am neuen Kindergarten dann auch Außenfläche vorhanden sei, kann von Pfarrer Würfel bejaht werden.

Ergebnis:

Der Ortschaftsrat nimmt die Vorstellung der Neu- und Umbaupläne der evangelische Kirchengemeinde Neureut-Nord zur Kenntnis.

Abschließend weist der Pfarrer noch auf seinen Insta - Live-Talk mit den OB-Kandidaten hin.

Der Vorsitzende dankt für den guten politischen und kirchlichen Dialog!

Zu Punkt 5 der T.O.: Bekanntgaben der Ortsverwaltung

5.1

Der Vorsitzende informiert:

Er gibt unter anderem in dieser öffentlichen Sitzung noch den nichtöffentlich gefassten Beschluss aus der Ortschaftsratssitzung vom 21.10.2020 bekannt. Die Beschlussvorlage zur öffentlichen Sitzung vom 06.10.2020, vertagt in nichtöffentliche Sitzung vom 21.10.2020 lautete:

„Der Ortschaftsrat nimmt den Entwurf der unteren Naturschutzbehörde zur Abgrenzung und Unterschutzstellung des Landschaftsschutzgebiets „Neureuter Feldflur zur Kenntnis und stimmt dem Erlass der entsprechenden Schutzgebietsverordnung zu. Weiter stimmt der Ortschaftsrat zu, dass noch Änderungen, welche nicht wesentlicher Art sind, vorgenommen werden können“.

Nach intensiver Beratung im Ortschaftsrat lautete der am 21.10.2020 gefasste nichtöffentliche Beschluss:

„Der Ortschaftsrat nimmt die Aufstellung zum Landschaftsschutzgebiet „Neureuter Feldflur“ einstimmig zur Kenntnis. Er spricht zudem die Empfehlung aus, am Alten Postweg einen Entwicklungstreifen zum Schutzgebiet analog der Rembrandtstraße einzurichten“.

5.2

Ergänzend teilt der Vorsitzende noch zu folgenden Themen mit:

Bekanntgabe aus dem Bereich Personal für die Ortschaftsratssitzung am 03.11.2020

Einstellung von Frau Marion Krebs als Abruflkraft für die ergänzende Betreuung zum 15.11.2020. Frau Krebs kommt aus Linkenheim-Hochstetten und war bisher im Einzelhandel als Verkäuferin tätig. Sie wird so lange als Krankheitsvertretung im Bereich der Nordschule eingesetzt bis das Personal aufgrund der Corona-Pandemie wieder einsetzbar ist.

Badnerlandhalle

Hier sind öffentliche Veranstaltungen, die nicht der Unterhaltung dienen und mit nicht mehr als 100 Besuchern, weiterhin möglich. Es ist durch den Veranstalter vorab zu prüfen, ob die Veranstaltung verschoben bzw. virtuell stattfinden kann.

Handelt es sich um zulässige Veranstaltungen, ist auch eine Verpflegung der teilnehmenden Personen unter Beachtung der Hygienekonzepte im Veranstaltungsraum an einem festen Platz zulässig.

Sporthallen

Die Sporthallen sind ab dem 2. November bis voraussichtlich 30. November 2021 für den Trainingsbetrieb geschlossen. Ausnahmen sind hier Schul- und Profisport.

Defibrillator

Zwischenzeitlich wurden zwei Defibrillatoren beschafft. Einer wurde bereits in der Badnerlandhalle in Betrieb genommen und wird künftig im Foyer für alle Besucher der Halle zugänglich sein. Der zweite Defibrillator wird im Foyer der Ortsverwaltung in den nächsten Tagen in Betrieb genommen.

Volkstrauertag

Es findet nur ein stilles Gedenken in diesem Jahr ohne die Bevölkerung statt, keine Feierstunde nur eine Kranzniederlegung von der Stadt/Ortsvorsteher, Bundeswehr mit einer kurzen Ansprache von Trude Mögle vom VdK am 15.11.2020 um 11 Uhr auf dem Joseph-Groß-Platz. Auf Wunsch aus den Reihen des Ortschaftsrates werden noch die Neureuter Pfarrer in „inaktiver Form“ dazu gebeten.

Veröffentlichung Parteien „Neureuter Nachrichten“:

Der Vorsitzende zeigt sich zufrieden mit der bisherigen Handhabung – wie abgesprochen - der Veröffentlichungen der Parteien zur OB-Wahl.

Zu Punkt 6 der T.O.: **Anfragen und Anregungen aus dem Ortschaftsrat**

6.1

Ortschaftsrätin Barbara Rohrhuber fragt wegen Sicherheitsüberprüfungen der Pappeln im Tiefgestade nach und berichtet von einem Ast, der an einem seidenen faden hänge und führt zwei weitere Beispiele von Zwischenfällen mit Pappeln an:

Antwort:

Grundsätzlich werden Bäume regelmäßig überprüft von der Baumtruppe und dem Gartenbauamt. Herr Gladhorn sei dabei, die maroden Äste zu entfernen.

6.2

Ortschaftsrat Bernd Kalusche fragt nach, wann die in einen Ausschuss verwiesenen Beratungen zu einem Skater-Park stattfinden werden.

Antwort:

Aufgrund der Fülle an Tagesordnungspunkten und der Vorgabe in Pandemiezeiten, nicht die Dauer einer Sitzung sowie die Tagesordnung zu überfrachten, sei das Thema als nicht so dringlich empfunden worden.

In diesem Zusammenhang bittet **Fraktionsvorsitzender Karsten Lamprecht** dieses Thema, wenn zeitlich noch möglich, auf die Tagesordnung der am kommenden Dienstag stattfindenden Ausschusssitzung zu bringen.

Antwort:

Es erfolgt hierzu zum Ausschusstermin am kommenden Dienstag eine zusätzliche Einladung.

6.3

Ortschaftsrätin Irene Moser fragt nach, wie es mit der derzeit noch vakanten Rektorenstelle der Nordschule weitergehe?

Antwort:

Hierzu erfolgt im nichtöffentlichen Teil der Sitzung eine Aussage.

6.4

Ortschaftsrat Dieter König kritisiert, dass keine Online-Termine beim Bürgerservice in Neureut zu bekommen seien. Und berichtet von einem „Selbstversuch“, bei dem er für einen Wohnungswechsel nur einen Termin im Bürgerbüro Hagsfeld bekommen habe. Insgesamt gebe es Unmut bei den Neureuter Bürgerinnen und Bürgern.

Antwort:

Dies sei kein Problem von Neureut sondern der Gesamtstadt. Es wird ausgeführt, unter welchen Bedingungen in Corona-Zeiten der Kundenverkehr und die damit einhergehende geringere Zahl an Kundenkontakten im Rathaus aus Hygiene- und Sicherheitsbedingungen möglich seien. Zudem soll in den „Neureuter Nachrichten“ in einem Bericht darüber aufgeklärt werden.

Auch stellvertretende Ortsvorsteherin, **Ortschaftsrätin Martina Weinbrecht**, berichtet von entsprechenden Bürgeräußerungen und Diskussionen. Sie empfindet ebenfalls einen Bericht in den „Neureuter Nachrichten“ über die Problematik zur Aufklärung als angebracht.

Der Vorsitzende

Die Protokollführerin

Die Urkundspersonen: